

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wöchentliches Abonnementpreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,66 M.;
bei jeder Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Zentral-Verwaltung
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Vorsitz: Duden).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 15 P., Familienanz. 10 P.,
Vereinsanz. 10 P., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4728.

Nr. 76.

Berlin, Mittwoch, 25. September 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Die höchste Zeit. — Vom roten Parteitag. — Ein „Heldentag“? — Vom XVIII. internationalen Bergarbeiterkongress. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Die höchste Zeit

ist es jetzt, das Abonnement auf den „Gewerkeverein“

zu erneuern bezw. zu bestellen. Jede Postanstalt nimmt dasselbe zu dem billigen Preise von 65 Pfg. pro Quartal entgegen. 18 Pfg. kostet das Bestellgeld, wenn man das Verbandsorgan regelmäßig vom Briefträger ins Haus gebracht haben will.

Der Worte sind genug gewechselt!

Es ist die Pflicht jedes Verbandsgenossen, für Verbreitung unserer Presse und insbesondere des Verbandsorgans zu sorgen. Wer sich

ein besonderes Verdienst

um unsere gute Sache erworben will, der muß versuchen möglichst viele freiwillige Abonnenten zu sammeln. Darum

Auf an die Arbeit!

Werb für den „Gewerkeverein“!

Vom roten Parteitag.

Wenn wir uns heute kurz mit dem sozialdemokratischen Parteitag beschäftigen, so geschieht das nicht etwa der Wichtigkeit dieser Tagung wegen. Wir glauben im Gegenteil dazun zu können, daß in Essen überhaupt nichts Besonderes geschah und es eitel Humbug ist, wenn die Sozialdemokratie sich immer als die alleinige Vertreterin der Arbeiterinteressen hinstellt. Gerade der Parteitag in Essen hat den besten Beweis erbracht, daß die Sozialdemokratie auf dem Gebiete der Propaganda und der Arbeit aber ist bei ihr nichts zu spüren.

Selbst der „Vorwärts“ ist offenbar mit dem Parteitag nicht zufrieden. Auch aus seiner Schlussbetrachtung spricht deutlich die Verlegenheit und Ratlosigkeit, die auf dem Parteitag selbst zum Ausdruck kam. „Nicht alle Hoffnungen hat er erfüllt, der Parteitag im Ruhrrevier. Aber im ganzen genommen muß die Essener Woche hohe Befriedigung erwecken.“ Das ist das Urteil, welches das Zentralorgan abgibt. Es ist auffallend ab von dem Phrasenschwall, der diesem Blatte sonst zur Verfügung steht, wenn es gilt, sozialdemokratische Veranstaltungen zu feiern, wie denn der Artikel, der mit diesen Worten eingeleitet wird, überhaupt die reinste Kapuzenmutterstimmung verrät.

Wer geglaubt hat, daß der Parteitag in Essen einen ungünstigen Beschluß über die Stellung der Partei zu den lokalistischen Gewerkevereinen fassen würde, der hat sich gründlich geirrt. Auch diesmal ist die Frage verlagert worden, um erst noch weitere Einigungsverhandlungen zu führen. Man hat offenbar nicht den

Mut, energisch gegen die Lokalisten vorzugehen. Bömelburg und Silberstein haben große Reden gehalten, schließlich aber doch den Roten vor der Partei gemacht, und der zuletzt genannte Gewerkevereinsführer hat ausdrücklich erklärt, daß die Generalkommission der Gewerkevereine dem Antrag des Parteivorstandes auf Vertagung der Entscheidung nur freudig zustimmen könne.

Genau so ging es mit einer anderen Frage, die die Gewerkevereine nahe berührt, der Raiffeiser. Das selbe Lied, das auf allen Parteitagen gesungen wurde, konnte man auch diesmal wieder hören. Und der Effekt? Nachdem Freunde und Gegner der Arbeitstruhe am 1. Mai in gewohnter Weise ihr Sprüchlein hergesagt hatten, wurde die Sache für erledigt erklärt, indem man sich einfach auf den Boden der früheren Parteitagsbeschlüsse stellte. Man darf gespannt darauf sein, wie nunmehr die nächste Raiffeiser verläuft. Die ganze Behandlung der Frage aber zeigt, daß man sich innerhalb der Sozialdemokratie selbst vollkommen unklar über die Sache ist, weshalb wohl erwartet werden darf, daß alle nichtsozialistischen Arbeiter künftighin der Raiffeiser gegenüber ihren ablehnenden Standpunkt noch entschiedener vertreten werden, als das bisher geschehen ist.

Auch eine große Militärdebatte fand wieder statt. Anlaß dazu gab eine Rede des Reichstagsabgeordneten Koße bei der Beratung des Militäretats im Reichstag. Die Rede enthielt manches Vernünftige, weshalb denn Koße auch heftig angegriffen wurde. Dieser wies nach, daß er im Grunde genommen nichts anderes gesagt habe, als was in Bebel's Reden schon öfter zum Ausdruck gekommen ist, und fand dabei die Unterstützung der Herren von Bollmar und Dr. David. Da eine Beurteilung des Koßeschen Standpunktes somit gleichbedeutend gewesen wäre mit einer Ablehnung gewisser von Bebel aufgestellter Grundsätze, man sich aber entscheiden scheut, den Parteipapst zu verleugnen, wurden die gegen Koße gerichteten Anträge einfach abgelehnt, womit die Radikalen einen gehörigen Reinsfall erleben. Jedenfalls zeigte die Behandlung des Falles Koße, wie sehr die Sozialdemokraten aus agitatorischen Gründen Rechnungsträger sind. Ausdrücklich erklärten mehrere Redner, sie hätten die Koßesche Rede in der Agitation gut gebrauchen können, um vor den Wählern so zu tun, als ob die Sozialdemokratie eine sehr patriotische Partei sei.

Dann die Debatte über die Kolonialpolitik! Alles was auf dem internationalen Kongress in Stuttgart angeführt worden war, wurde noch einmal wiedergelesen, ohne daß es allerdings gelungen wäre, die verworrenen Ansichten, die schon in Stuttgart zutage gefördert wurden, auch nur im geringsten zu klären. Auch Bebel konnte sich nicht entschließen, Farbe zu bekennen und ging einer klaren Auseinandersetzung damit aus dem Wege, daß er die ganze Geschichte einen „Streit um des Kaisers Bart“ nannte. Das konnte aber nicht hindern, daß man sich in Stuttgart und in Essen mehrere Tage lang mit der Frage beschäftigte und sich die größten Erbitterungen — um keinen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen — an den Kopf warf. Nebenbei zeigte sich in der starken Meinungsdivergenz in den Kolonialfragen eine unerwartete Wirkung des politischen Blods im Reichstage. Eine Einigkeit der bürgerlichen Parteien in einer wichtigen politischen Frage fördert angen-

scheinlich die Uneinigkeit im sozialdemokratischen Lager.

Zu lebhaften Auseinandersetzungen führte auch die Rede Bebel's über die politische Lage und die letzten Reichstagswahlen. Auch die schwungvollsten Traben helfen nicht darüber hinweg, daß die Sozialdemokratie bei den letzten Reichstagswahlen eine Schlappe erhalten hat, wie sie nicht erwartet wurde, am allermeisten von den sozialdemokratischen Führern selbst. Wenn man sich auch noch so sehr bemüht, den Anschein zu erwecken, als hätte der Ausfall der Wahlen nicht den geringsten Eindruck gemacht, so klang doch deutlich aus den Reden die Bitterkeit und der Kummer heraus, den die wohlverdiente Niederlage allenthalben hervorgerufen hat. Freilich, wenn es nach den großen Worten geht, die trotzdem in Essen gefallen sind, dann wird die Scharte beim nächsten Male wieder ausgewetzt. Glücklicherweise geht es da nicht nach der Sozialdemokratie allein, sondern auch die anderen Parteien haben noch ein Wortchen mitzusprechen. Wenn sie es verstehen, durch eine vernünftige Sozialpolitik die große Masse der nichtsozialdemokratischen Arbeiter für sich zu gewinnen, dann werden auch die großen Reden, die in Essen gehalten sind, wirkungslos verhallen.

Um den Abstinenten in der Partei endlich gerecht zu werden, wurde diesmal auch die Alkoholfrage behandelt und durch Annahme einer Resolution erledigt, wodurch allerdings so gut wie nichts geschehen ist. Ebenfalls werden die zahlreichen Parteibücker mit dem Ergebnis der Debatte nicht zufrieden sein, obgleich sie ganz beruhigt sein können, daß ihr Geschäft auch nur den geringsten Schaden erleiden wird.

Zum Schluß noch einige Worte über das sogenannte Nachrichtenbureau. Man trägt sich innerhalb der sozialdemokratischen Partei seit längerer Zeit mit dem Gedanken, eine Zentralfstelle zu errichten, von der aus die einzelnen Parteiblätter mit Nachrichten aller Art versehen werden sollen. Der vom Parteivorstand eingebrachte Entwurf fand aber bei einer großen Zahl von Redakteuren keinen Anklang und führte zu lebhaften Auseinandersetzungen in der Presse. Man befürchtete, daß man die Meinungsfreiheit in der Partei beeinträchtigen und allen Parteiblättern eine bestimmt vorgeschriebene Kost zur Veranschaulichung an ihre Leser bieten wolle. Der Entwurf wurde der öffentlichen Diskussion entzogen, an eine Kommission verwiesen und nachher ohne Debatte angenommen. Das Verfahren ist zweifellos kurz und bündig. Es hätte sich aber noch wesentlich vereinfachen lassen. Wozu erst ein solches Nachrichtenbureau? Eine eigene Meinung war doch bisher in der Sozialdemokratie nicht üblich. Da braucht man nicht erst noch eine besondere Reinigungsfabrik zu errichten.

Beschlüsse von irgend welcher Bedeutung wurden in Essen nicht gefaßt, und man darf gespannt sein, wie die sozialdemokratische Presse im Lande draußen sich zu diesem überaus kläglichen Ergebnis stellen wird. Daß ein solcher Parteitag auch nicht den geringsten Wert für die Arbeiterklasse hat, daß er auch nicht das geringste dazu beitragen kann, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verbessern, ist für jeden vernünftigen denkenden Menschen klar. Somit hat auch die Essener Tagung zum sozialistischen Male den

Beweis erbracht, daß die Sozialdemokratie zu positiver Arbeit unfähig ist und ihre Veranstaltungen, verbunden mit allem möglichen Theaterbetriebe, lediglich den Zweck haben, die große, urteillose Masse über ihre Inhaftlosigkeit hinwegzuführen. L. L.

Ein „Zielbewußter“ Reinsfall.

Mitte Juli ds. Jz. wurde der Vertrauensmann der Zahlstelle des „Zielbewußten“ Transportarbeiter-Verbandes in Kiel aus seinem Arbeitsverhältnis entlassen. In einer Versammlung der Verwaltungsstelle genannten Verbandes wurde daraufhin am 30. Juli beschlossen, an die Unternehmer (Holzhandlungen) eine Reihe von Forderungen zu stellen, deren Bewilligung innerhalb 48 Stunden, nämlich bis zum 1. August, abends 8 Uhr, erfolgen sollte. Abgesehen von den Forderungen über die Arbeitsbedingungen, über die die Unternehmer mit sich reden lassen müssen, waren auch solche Forderungen gestellt, die seinem Unternehmer zu bewilligen zugemutet werden kann und daher für ernste Verhandlungen gar nicht in Betracht kommen können. Die „Zielbewußten“ verlangten nämlich u. a. strikte Anerkennung des 1. Mai als Feiertag und die Arbeitsvermittlung durch den Arbeitsnachweis ihres Verbandes. Bei Arbeitsfreistellungen sollte, wenn eine Einigung mit den beteiligten Arbeitnehmern nicht zustande käme, die „Zielbewußte“ Ortsverwaltung das Schiedsrichtertum übernehmen!

Auf Forderungen solcher Art kann und darf kein verständiger Unternehmer eingehen. Der 1. Mai ist eine sozialdemokratische Parteiangelegenheit, die mit der praktischen Arbeiterbewegung gar nichts zu tun hat. Die einseitige Anerkennung eines „Zielbewußten“ Verbandes unter Ausschaltung jeder anderen Organisation, muß ebenfalls zurückgewiesen werden, weil sonst den Arbeitern die Freiheit genommen würde, sich die Organisation selbst zu wählen, der sie sich anschließen wollen. Und wollten die Unternehmer sich darauf einlassen, daß sie nur die Arbeiter einstellen dürfen, die ihnen nachgewiesen werden von der „Zielbewußten“ Organisation, dann hätten sie wohl niemals einen Arbeiter bekommen, dem nicht vorher die bindende Verpflichtung auferlegt worden wäre, der sozialdemokratischen Organisation beizutreten. Wir halten es geradezu für die Pflicht aller ansässigen Unternehmer, die Arbeiter zu schützen vor der griffigen Bergemattung durch die sozialdemokratischen Organisationen!

Als die Unternehmer die ihnen überreichten Forderungen an ihren Arbeitgeberverband verwiesen und durch ihn die Verhandlungen führen lassen wollten, was natürlich in knapp 48 Stunden nicht durchgeführt werden konnte, da legen bereits am 2. August 233 Flagarbeiter und circa 25 Ruffischer, zum Teil unter Kontraktbruch, die Arbeit nieder. Darüber schüttelten alle diejenigen Arbeiter den Kopf, denen nicht jedes Rechtsgesühl abhanden gekommen ist. Und siehe, obgleich nur „Zielbewußte“ Genossen im Kieler Gewerbegericht sitzen, verurteilte dieses doch die mit Kontraktbruch in den Streik getretenen Arbeiter zum Schadenersatz von insgesamt 7000 Mk.

Wir Gewerbetreibende sind mit einer Anzahl Kollegen beteiligt, was den „Zielbewußten“ nicht unbekannt war. Jemand eine Nachricht über die Absichten der sozialdemokratischen Organisation ging uns indes nicht zu. Man stellte uns einfach vor die fertige Tatsache. Wir hätten daher keinerlei Verpflichtung gehabt, uns an dem Kampf zu beteiligen, zumal uns nicht zugemutet werden kann, die Unternehmer zu zwingen, Forderungen anzuerkennen, wie z. B. den einseitigen Arbeitsnachweis, durch die uns der Gehalt gemacht werden sollte. Nur die dümmsten Räuber wählen ihre Wegger selber!

Trotzdem zogen wir unsere Mitglieder ebenfalls aus den Betrieben heraus, lehnten uns aber gleichzeitig mit den beteiligten Kieler Firmen in Verbindung behufs Abschluß eines Vertrages. Dagegen soll nicht unerwähnt bleiben, daß gleich bei Beginn des Kampfes die Mitglieder des „Zielbewußten“ Fabrikarbeiterverbandes die Arbeit der Flagarbeiter an Hosen übernahmen! Es bedurfte erst einer Versammlung, um die „Zielbewußten“ Streikbrecher auf ihre Pflicht aufmerksam zu machen. Den nunmehr mit uns zum Abschluß gebrachten Vertrag lassen wir hier folgen:

Vertrag.

Zwischen dem Verein der Bau- und Kuppelholzhandler von Kiel und Umgegend und dem Ortsverband der Deutschen Gewerbetreibenden (D. D.) von Kiel und Umgegend wird folgender Vertrag geschlossen.

I. Allgemeine Bestimmungen.

a) Arbeitszeit.

1. Für Flagarbeiter auf Holzlagererplätzen beträgt die tägliche normale Arbeitszeit für den Sommer 10 Stunden, und zwar von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, bei einer 1/2 stündigen Frühstück- und einer 1/2 stündigen Mittagspause.

Zur die übrige Jahreszeit wird folgendes festgesetzt:

Arbeitszeit von morgens	bis abends	Jahreszeit		Wahltag- pause	Erntepause	Mittagspause	Arbeitszeit pro Tag
		von	bis				
7 1/2	5	1. Jan.	5. Febr.	1	1/2	8 1/2	9 1/2
6 1/2	5	5. Febr.	2. März	1 1/2	1/2	8 1/2	9 1/2
6	5	2. März	22. Okt.	1 1/2	1/2	10	10
6 1/2	5 1/2	23. Okt.	9. Nov.	1 1/2	1/2	9	9
7	5	10. Nov.	23. Dez.	1 1/2	1/2	8 1/2	8 1/2
7 1/2	5	24. Dez.	31. Dez.	1 1/2	1/2	8 1/2	8 1/2

Ueber die vorstehend vorgegebene Arbeitszeit hinaus kann beim Löschen von Schiffen die Arbeitszeit bis 7 Uhr abends verlängert werden. Die Arbeitszeit über 10 Stunden täglich wird als Ueberstundenarbeit, derjenige von über 12 Stunden täglich als Nachtarbeit angesehen und vergütet.

Sonntagsarbeit ist wie Nachtarbeit zu bezahlen, jedoch möglichst zu vermeiden.

2. Für Flag- und Maschinenarbeiter auf Holzlagererplätzen mit Maschinenbetrieb gilt die unter 1. festgesetzte Arbeitszeit mit dem Zusatz, daß je nach Lage des Geschäftes die Arbeitszeit verfristet oder verlängert werden kann.

3. Die Ruffischer haben in allen Holzhandlungen ihre Arbeit nach bisher üblichem Geschäftsgebrauch zu erledigen.

Die in der Tabelle zu 1. festgesetzte Arbeitszeit gilt zunächst nur probeweise und zwar bis zum 22. Oktober 1908. Abdann kann die Schlichtungskommission eine Verfristung der kürzeren Arbeitszeiten unter Aufrechterhaltung der sechsstündigen Arbeitszeit für den Sommer einführen.

b) Lohnsätze.

1. Flagarbeiter erhalten einen Stundenlohn von 48 Pfg. Vom 1. Januar 1908 an tritt eine Erhöhung von 2 Pfg. und vom 1. Januar 1909 an eine weitere Erhöhung um 1 Pfg. ein.

Neueingestellte Arbeiter erhalten während der ersten vierzehn Tage ihrer Beschäftigung 2 Pfg. weniger. — Bei Ueberstunden wird ein Zuschlag von 10 Pfg. bei Nachtarbeit ein solcher von 20 Pfg. gezahlt pro Stunde.

2. Maschinenarbeiter erhalten den bisherigen Lohn weitergezahlt. Am 1. Januar 1908 tritt eine Erhöhung um 2 Pfg. und am 1. Januar 1909 um 1 Pfg. pro Stunde ein.

3. Ruffischer erhalten einen Wochenlohn von 24 Mk. Am 1. Januar 1908 tritt eine Erhöhung um 1 Mk. und am 1. Januar 1909 abermals um 1 Mk. ein. Denjenigen Maschinen- und Flagarbeitern sowie Ruffischen, welche bisher schon einen höheren Lohn als vorstehend festgesetzt erhalten, wird der bisherige Lohn weitergezahlt.

II. Besondere Bestimmungen.

Die Auflösung des Arbeitsverhältnisses kann nur nach Schluß der Tagesarbeit erfolgen, dementsprechend wird die Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist ausgeschlossen. Zwecks Lohnberechnung erfolgt am Donnerstag abend Wochenlohn und am Freitag abend nach Arbeitslohn Lohnzahlung in Geldbitten. An den Tagen vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten erfolgt um 4 Uhr Arbeitslohn.

Auf jedem Arbeitsplatz wird nach Möglichkeit ein beizubehaltener Raum zum Aufenthalt in den Pausen und zum Trocknen nahgewordener Kleider der Arbeiter, sowie ein vorrichtungsmäßiger Abort eingerichtet. Die Firma übernimmt ferner die Fürsorge für gutes Trink- und Waschwasser und liefert einen Verbandskasten zwecks Anlegung eines Roten-Kreuz-Verbandes bei Unfällen.

III. Schlichtungsbestimmungen.

Zur Schlichtung etwaiger Streitigkeiten wird eine aus drei Arbeitgebern und drei aus der Mitte der Holzhandlungen in Arbeit stehenden Arbeitnehmern bestehende Schlichtungskommission gebildet. Kommt die Kommission zu keiner Einigung oder keinem Majoritätsbeschluss, so ist der jeweilige Vorsitzende des Kieler Gewerbegerichts als Obmann anzurufen.

Aus der Tarifbewegung, die durch den Abschluss dieses Vertrages beendet ist, dürfen keinerlei fernerer Maßnahmen hergeleitet werden.

Dieser Tarif gilt für die Zeit seiner Unterzeichnung bis zum 31. Dezember 1909. Der Vertrag besteht ferner während ein Jahr weiter, falls nicht vier Wochen vor seinem Ablauf von einer der beiden vertragschließenden Parteien eine schriftliche Kündigung erfolgt. Kiel, den 18. September 1907. (Stempel.)

Verein für Bau- und Kuppelholzhandler von Kiel u. Umgegend. H. Michaelien, Kar Eiseisgrott, Ortsverband Kiel.

G. Berger, Vorsitzender. J. Haefle, Sekretär. E. Schade, Beisitzer.

Der Arbeitgeber-Verband hatte eine allgemeine Aussperrung angedroht, was wir schon mit Rücksicht auf die große Zahl der dann ganz unschuldig auf das Strafgeschloß geworfenen Arbeiter und im Interesse desjenigen Teils der Bevölkerung, der ebenfalls in seiner Existenz auf die Arbeiter angewiesen ist, nicht zugeben konnten. Und es gelang uns durch den Abschluss unseres Vertrages diese Maßnahmen abzuwehren.

Jetzt laufen sich die Zielbewußten die Hoden ab und wissen nicht, wie sie es anfangen sollen, die Sache wieder einzurenten. Ihre Hauptforderungen liegen sie sollen. Gar zu gern möchten sie der Schlinge, in der sich die „Zielbewußten“ Streikleiter selbst gefangen haben, wieder heraus. Den Janatieren kann diese wohlverdiente Richtigstellung nicht schaden, um die von ihnen so angeführten Arbeiter aber tut es uns

herzlich leid. Ja, es ist geradezu ein Verbrechen an der Arbeiterkraft, Streiks zu machen im Interesse parteipolitischer Forderungen. Die sozialdemokratischen Arbeiter haben es ihrerseits immer als eine ernste Pflicht anzusehen, jeden Versuch energig zurückzuweisen, die gesamte Arbeiterschaft auf ein bestimmtes Parteidogma einzuschwören. In Kiel gibt es erfreulicherweise zahlreiche Arbeiter, die nicht daran denken, für den 1. Mai oder für das Dogma des Klassenkampfes in einen Streik einzutreten. Und diesen Arbeitern ist es darum nicht weniger ernst um die Verbesserung ihrer Lage!

Der Reinsfall der „Zielbewußten“ wird ihren Mitläufern hoffentlich die Augen öffnen. Die verblödeten Arbeiter werden zu uns in die Gewerbetreibenden kommen; denn immer stärker muß das Herz derjenigen werden, die sich den „Zielbewußten“ Annahungen gegenüber zur Wehr setzen. Für eine Arbeiterschaft, die vorwärts kommen will, kann es nur eine Parole geben:

Nieder mit der parteipolitischen Janatieren, die das Arbeiterinteresse dem Parteinteresse unterordnet! Die Arbeiterschaft darf es fernerhin nicht dulden, daß sie um parteipolitische Forderungen willen in ansichtslose Streiks verwickelt wird. J. H.

Vom XVIII. internationalen Bergarbeiterkongress.

Im großen Saale des Kurhauses der schönen Gebirgskurstadt Salzburger hat in der vergangenen Woche der XVIII. internationale Bergarbeiterkongress stattgefunden. Die Tagung erwarde in diesem Jahre schon deshalb für uns Deutsche ein besonderes Interesse, weil zum ersten Male Delegierte aller Organisationsrichtungen daran teilnahmen.

Der am Sonntag, 16. September, morgens 10 1/2 Uhr durch das englische Parlamentsmitglied Edwards mit einer herzlichen Begrüßungsansprache eröffnete Kongress hat im großen ganzen einen würdigen Verlauf genommen. Die Reden waren meist kurz und sachlich gehalten, das kann man ohne weiteres anerkennen. Es soll auch hier nicht über die einzelnen Verhandlungspunkte eingehend geschrieben werden, da die Gewerbetreibendenkollegen hierüber durch die Tagespresse auf dem Laufenden gehalten worden sind. Interessieren dürfte aber zunächst ein Bild über die Zahl der auf dem Kongress vertretenen organisierten Bergarbeiter der verschiedenen Länder im Verhältnis zu der Gesamtzahl der Bergarbeiter überhaupt. Es waren vertreten:

Länder	Delegierte	Organisierte Bergarbeiter	vorhandene Bergarbeiter überhaupt
England und Amerika	60	916 048	1 263 300
Deutschland	17	219 817	689 248
Oesterreich	19	35 000	135 000
Belgien	10	65 000	189 000
Frankreich	6	30 000	182 000
	112	1 268 865	2 458 548

Diese Tabelle zeigt, daß die Engländer und Nordamerikaner, alle anderen Völkern zusammengenommen, weit überlegen sind.

Bedeutend und auch vielleicht von nachfolgender Wirkung für das Verhalten der deutschen sozialdemokratischen Bergarbeiter-Organisationen für die Zukunft war ein Zwischenfall, welcher sich am zweiten Verhandlungstage abspielte.

Nach der Feststellung der Präsenzliste in der Nachmittagsitzung erklärte der Tagespräsident Janolin (Oesterreich), daß auf Anregung der österreichischen Delegation der internationale Geschäftsausflug eine Resolution vorlege, welche bezwecke, die „Sonderorganisationen“ (gemeint sind christliche, polnische und österr.-ungarische Organisationen Deutschlands) von den internationalen Kongressen auszuschließen. Der Antrag wurde von den Oesterreichern damit motiviert, daß endlich Klarheit geschaffen und mit dem Sonder- und Konkurrenzorganisationen aufgeräumt werden müsse. Es ist erklärlich, daß die Resolution zu einer angeregten Debatte führte. Der belgische Delegierte Vebanatte vertieg sich dabei sogar zu der Erklärung, daß jene, welche nicht Sozialdemokraten sind und sich zum Christentum bekennen, zu den Arbeitereindern gehören. Effert (christlicher Gewerbetreibender) betonte, daß die organisierten Bergarbeiter Deutschlands in allen bergmännischen Fragen einzig sind. Würde die Resolution angenommen, so diene dies nicht zur Förderung der Einigkeit der deutschen Bergarbeiter. Man schloß damit 180 000 organisierte Bergarbeiter Deutschlands von den Kongressen aus. Die christliche Delegation bitte jedoch nicht um Zulassung, sondern würde bei Annahme der Resolution den Kongress verlassen. Der Pole Kojinski begründete die Notwendigkeit der Polenorganisation, welche in erster Linie durch die preussische Ausrottungspolitik entstanden sei, und erfuhr um Ablehnung der Resolution. Unser Kollege Hammacher schloß sich im wesentlichen den Ausschüßungen Efferts an. Durch die Annahme der Reso-

lation bringe man die verschiedenen Organisationsrichtungen einander nicht näher. Eine solche Annäherung könne nur im eigenen Lande erfolgreich durchgeführt werden. Er wundere sich sehr, daß man die verschiedenen Organisationen unter solchen Umständen überhaupt eingeladen habe. Der Hauptvorstand seiner Organisation habe aber schon vorher gewußt, daß die gegenwärtige Frage auf diesem Kongreß zum Austrag gebracht werden solle und habe auch dazu Stellung genommen. Er habe den Antrag, falls ein solcher Antrag zur Annahme gelangt, sofort den Kongreß zu verlassen.

Die Resolution wurde dann auch nicht zur Abstimmung gebracht, sondern an den internationalen Geschäftsausschuß zurückverwiesen, welcher im Laufe des nächsten Jahres einen Ausweg finden soll, „die lästigen Sonderorganisationen“ zu verbannen. Handelt der Ausschuß im Sinne der radikalen Elemente, so wäre das im Hinblick auf die deutsche Bergarbeiterfrage nur zu bedauern. Denn das Zusammengehen der verschiedenen Organisationen würde dadurch sehr erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht werden. B. H.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, 24. September 1907.

Weder das geplante Reichsvereinsgesetz sind in den letzten Wochen vielfache Nachrichten durch die Presse gegangen. Verschiedene Zeitungen taten so, als ob sie über seinen Inhalt auf das eingehendste unterrichtet wären und lieferten ausführliche Betrachtungen an die ihnen zugegangenen Mitteilungen. Da all diesen Rundschreibungen die positive Grundlage fehlt, haben wir davon so gut wie gar keine Notiz genommen. Wir haben recht damit gehabt. Jetzt bringt nämlich die „Nordd. Allg. Ztg.“ an der Spitze einer ihrer letzten Nummern folgende Sätze:

Der Entwurf zu einem Reichsvereinsgesetz liegt gegenwärtig dem preussischen Staatsministerium vor. Die Angaben verschiedener Blätter über seinen Inhalt beruhen lediglich auf Vermutungen, die zum Teil zutreffen, zum Teil nicht zutreffen, und sind jedenfalls im Hinblick auf das gegenwärtige Stadium der Verhandlungen verfehlt.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ ist Regierungsdorgan, obige Notiz hat also einen offiziellen Charakter. Die bisher öffentlich verbreiteten Vermutungen sollen damit zum größten Teil zusammen. Nebenbei will es uns erscheinen, daß das Reichsvereinsgesetz gerade dem preussischen Staatsministerium vorliegt. Sollte etwa der im preussischen Vereinsgesetz herrschende Geist auch das in Aussicht gestellte Reichsvereinsgesetz durchziehen. Dann müßten wir sagen: Wir danken bestenfalls für eine solche einheitliche Regelung des Vereins- und Verfallungsrechts.

Die Grundgesetzlichkeit der Wahlen hat sich wieder einmal im hellsten Lichte gezeigt. In Viena hat unser Ortsverband beim Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung um die Einführung der Verhältniswahl zum Gewerbegericht petitioniert. Als nun vor kurzem der Antrag in einer Sitzung des Gewerbegerichts zur Begutachtung vorgelegt wurde, ließen die Arbeitnehmer-Beisitzer, die sämtlich den „freien Gewerkschaften“ angehören, die Erklärung abgeben, daß sie aus tatsächlichen Gründen dagegen seien. Der Verhältniswahl könnten sie nur zustimmen, wenn es sich um eine obligatorische Einführung handelte und wenn das Prinzip der Verhältniswahl auch auf die Wahlen in Staat und Gemeinde übertragen würde. Auch dem Gewerbegerichtsvorsitzenden Dr. Wagner gelang es trotz eifriger Bemühungen nicht, die Herren Wenigsen eines Besseren zu belehren, während andererseits die Arbeitgeber-Beisitzer auf Grund der bei dem Kaufmannsgericht gemachten Erfahrungen gegen die Einführung der Verhältniswahl nichts einzuwenden hatten.

Wie die Gemeindebehörden sich schließlich zu der Frage stellen werden, ist zurzeit noch nicht bekannt. Bezeichnend aber ist, daß auch hier wieder die Wahlen gegen das Proportionalwahlrecht stimmen, obgleich es in ihrem Programm als eine der Hauptforderungen enthalten ist. Also nicht Grundzüge sind ausschlaggebend für jene Herren, sondern lediglich Parteirückgriffe. Wo sie in der Widerberheit sind, verlangen sie das Verhältniswahlrecht, haben sie aber die Mehrheit, dann prüfen sie darauf.

Immer häufiger vor der eigenen Tür kehren! Durch die der Arbeiterbewegung feindsich gestimmte Presse macht gegenwärtig eine Notiz die Runde, daß die Kaiserin des Reichsvereins der Frauen in Bitterfeld eine größere Summe unterstufen hat und mit einem Liebhabe flüchtig geworden ist. Sie wurde später in Halle, wo sie der Liebhaber im Entsch gelassen hat, von der Polizei aufgegriffen. Die Tatsache an und für sich ist sehr betäubend und soll auch nicht unterschätzt werden. Die sozialdemokratischen und Gewerkschaftsblätter weisen nun mit geradezu belangvoller Entschiedenheit den „Vorwurf“ zurück, daß es eine ihrer „Genossinnen“ ist, die sich jenen Schritt hat zuzulassen kommen lassen. Das ist

unseres Erachtens völlig überflüssig. Für das Vergehen eines einzelnen die Gesamtheit verantwortlich zu machen, zu der der einzelne gerade gehört, ist verwerflich. In jede Organisation, sei sie wirtschaftlicher oder politischer Art, können sich moralisch minderwertige Elemente einschleichen und ein Vertrauensamt mißbrauchen, das ihnen zufällig übertragen wurde. Ein ankündiger Gegner wird davon niemals Gebrauch machen. Selbst in kirchlichen und religiösen Gemeinschaften spielen bisweilen Leute eine Rolle, die sich näher als die größten Lumpen entpuppen. Man denke nur an den Fall des frommen Herrn Sander! Deshalb sollte sich namentlich auch die konservativ-agrarische „Deutsche Tageszeitung“ lieber ihre Blößen sparen. Ihr ist doch jed'falls auch die Affäre des Freiherrn v. Hammerstein bekannt, der zugleich Uetrechtbauer der frommen „Kreuzzeitung“ und Führer der konservativen Partei war. Diese Stille von Thron und Altar hatte bekanntlich, obgleich er verheiratet war, ein „Verhältnis“ mit einer Dame jüdischer Abstammung, die auf der Tribüne des Parlaments seine antimilitarischen Brandreden mit anhörte. Und die Summen, um die jener Frhr. v. Hammerstein seine Mitmenschen betrogen hat, gingen in die Hunderttausende! Der „Deutschen Tageszeitung“ ergeht es oben wie vielen anderen: Sie sieht den Splitter im Auge des Nächsten, aber nicht den Balken im eigenen.

Arbeiterbewegung. Der Kampf im Krefelder Baugewerbe dauert fort. Die von der sozialen Kommission angetragenen Einigungsverhandlungen sind ohne Erfolg abgebrochen worden, da die Unternehmer von einer Verkürzung der Arbeitszeit durchaus nichts wissen wollen. Ebenso geht die Ausstaltungsbewegung im Nieder-Rheinischer Kohlenrevier weiter; indessen hat sich die Zahl der Streikenden in den letzten Tagen nicht unwesentlich verringert. — In der Weberei von Kruse in Reutenkirchen b. Münster hat die überaus große Mehrzahl der Arbeiter, die der christlichen Organisation angehören, wegen Lohnminderungen die Arbeit niedergelegt. — In Oberstein im Bezirk Trier binden sich die Metallarbeiter im Streik, bezw. in der Aussperrung. Die Regierung, die um ihre Vermittlung ersucht worden ist, hat dieselbe zu übernehmen abgelehnt. — In den Eisenschmelzen zu Eisenberg (S.-A.) haben die Arbeiter Forderungen gestellt, die von den Unternehmern rundweg abgelehnt wurden. Infolgedessen haben die Arbeiter jetzt beschlossen, die Kündigung einzureufen. — Der Streik der Bauarbeiter in Eruert, der Anfang Mai schon begonnen hat, ist jetzt endgültig als erledigt anzusehen. Die Arbeiter haben bedingungslos die Beschäftigung wieder aufgenommen. — In Stuttgart sind die Rüfergejellen wegen Lohnminderungen in den Ausstand getreten.

Noch immer tot im Hafen von Antwerpen der Kampf weiter. Die Streikenden hatten sich bereit erklärt die Arbeit anzunehmen, mit der Einschränkung, daß dieser Beschluß für die ursprünglich freiziehende Holz- und Getreidearbeiter keine Geltung haben solle. Auch darauf ist der Unternehmerverband nicht eingegangen, sondern hat erklären lassen, daß, wenn bei der Wiederaufnahme der Arbeit nicht auch die Arbeit für die Holz- und Getreidearbeiter geleistet würde, eine neue Aussperrung stattfinden werde. — In den großen Spinnerien in Lodz (Puffsch-Polen) ist von neuem eine Ausstaltungsbewegung ausgebrochen. — Ein gewaltiger Kampf tobt in St. Louis. Infolge des Ausstandes der Arbeiter einer Schuhfabrik haben in 18 weiteren Fabriken sich die Arbeiter solidarisch erklärt, so daß an der Bewegung nahezu 30000 Arbeiter beteiligt sind. — In Wien haben die Eisenarbeiter in etwa 50 großen Eisenwerkstätten die Arbeit niedergelegt, weil ihnen eine 20 prozentige Lohnerhöhung sowie die Anerkennung des Vertrauensmännertums verweigert wurden. Es handelt sich etwa um 3000 Arbeiter.

Was den „Gelben“ ist man auch ein reichstreu oder vaterländischer Arbeiterverein in Dresden eingezogen, um die dortige Arbeiterchaft mit seinen Segnungen zu beglücken. In diesen Tagen hat in Dresden zu diesem Zwecke eine Versammlung stattgefunden, in welcher ein Referat ausführte, daß der Bund der vaterländischen Arbeitervereine die gesellschaftliche, sittliche und wirtschaftliche Lage des Arbeiterstandes haben wolle unter möglicher Vermeidung des Klassenkampfes.

Selbstverständlich wolle der Bund das Koalitionsrecht nicht anerkennen, aber seine Mitglieder wollen auch nicht im „Huren“ in jeden Streit eintreten. Nur, wenn die Arbeiterchaft keine andere Möglichkeit sehe, ihre Lage zu verbessern, dann würde sie den Streik als letztes Mittel hierzu betrachten. Behauerlich sei es, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und die Evangelischen Arbeitervereine den Bund noch mit Mißtrauen betrachten. Er hoffe jedoch, daß dieses noch schwinden werde und daß die drei Gruppen zusammenstehen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Nach einer kurzen Ansprache wurde die Versammlung geschlossen.

Diese Hoffnung müssen wir für unser Teil jenen Herren zuschreiben machen. Wir lehnen es mit aller Entschiedenheit ab, mit jenen Leuten Schulter an Schulter zu kämpfen, die trotz aller Ablehnung die Interessen der Arbeiterchaft auf das schwerste schädigen und mit den „Gelben“ auf dieselbe Stufe gestellt werden müssen. Der Arbeiter, der mitwirken will an der Hebung der gesellschaftlichen, sittlichen und wirtschaftlichen Lage des Arbeiterlandes, der hat Gelegenheit genug dazu im Verbands der Deutschen Gewerkschaften, dazu bedarf es solcher Sonderbestrebungen nicht. Schon die Unterstützung durch die Unternehmer, die einen Gesamtbetrag von nahezu 4 Millionen Mark für den Bund der vaterländischen Arbeitervereine aufgebracht haben, zeigt deutlich, was Weiches Kinder diese Gründungen sind. Wir weisen jedes Bündnis mit ihnen entschieden zurück und hoffen, daß der gesunde Sinn der Arbeiter sich bald von ihnen abwenden wird.

Die Einführung von Kulis ist in den letzten Monaten mehrfach in Erwägung gezogen worden. Die Landwirtschaft leidet zweifellos schwer unter der Leutenot, die in letzter Zeit dadurch noch drückender geworden ist, daß ein großer Teil der ihr bisher zur Verfügung stehenden ausländischen Arbeiter von der augenblicklich auch nicht gerade an einem Ueberfluß an Arbeitskräften leidenden Industrie entzogen wird, weil hier bessere Löhne gezahlt werden. Dadurch ist in Landwirtschaften erstlich der Gedanke der Einführung von Kulis erweckt worden und auch Grubenbesitzer sollen ihm keineswegs abgeneigt sein. Ja, vor einigen Wochen hat sich sogar, auch der Norddeutsche Lloyd habe sich entschlossen, auf einigen seiner Linien Kulis als Kohlenzieher usw. zu verwenden. Während aber die agrarische Presse die Veranziehung chinesischer Arbeiter als ein auf die Dauer unvermeidliches Uebel ansieht, verteidigt die „Ahrnisch-West Ztg.“ die Vertreterin der Interessen der Bergwerksbesitzer, die Masseneinführung von Kulis mit geradezu brutaler Offenberzigkeit:

Wenn sich herausstellte, daß die Kulis teurer zu haben kommen würden als heimische Arbeiter, so könnten sich doch später die Verhältnisse ändern. Letztere ist jedenfalls, daß das europäische Kapital bei dem herrschenden Arbeitermangel mit den ungeheuren Arbeitererfordernissen nicht auszukommen hat. Die Folgen sind unübersehbar. Die Frage des Kuli-Imports nach europäischer Länder wird nicht wieder von der Tagesordnung verschwinden.

Die Bedenken, daß durch eine solche Einfuhr farbiger Arbeitskräfte eine Gefahr für die europäische Kultur heraufbeschworen wird, weiß das Blatt leicht zu widerlegen: „Solange der chinesische Kuli beharrlich bleibt, kann er der Kulturmotor, die ihn verwendet, nur nähern. Er kann der Kultur des Landes, in das er eingeführt wird, ebensowenig schaden, wie arbeitsfähige Maschinen. Gekährlich für die ihn beherbergenden Häuser wird der Kuli erst, wenn er Kultur annimmt, wenn er sich assimiliert.“

Also kulturfördernd ist der Kuli solange, wie er billiger arbeitet, keine Bedürfnisse kennt und den Lohn der einheimischen Arbeiter herabdrückt. Der Profit ist demnach das höchste Gesetz. Das wird das Unternehmerblatt aber nicht hindern, bei der ersten besten Gelegenheit vom Schutz der nationalen Arbeit zu reden.

Herrn Jockel erreicht hat die „Schlef. Ztg.“ mit ihrem Berliner Brief an die Breslauer „Frau aus dem Volke“. Es hat sich ein „schonfudiger“ Leser gefunden, der auf den Räder angefallen hat und in einer Zuschrift bekündigt, daß die Rentenlust unter den Arbeitern durch die gesetzlichen Bestimmungen und ihre Handhabung durch die Behörden gefördert werden müßte. An die Ersten des Briefes von der „lieben Schwägerin“ scheint allerdings die sachkundige Seite auch nicht zu glauben, denn sie nennt den Brief „tatsächliche Mißstände sehr ernster Art in scherzhafter Einkleidung“. Auf den Inhalt der Zuschrift einzugehen, verlohnt sich nicht der Mühe. Nur einen Punkt wollen wir herausheben. Der Schreiber meint nämlich, daß doch bei mehreren Jahren das Reichsversicherungsamt die Rentensatzung bei den verschiedenen Versicherungsanstalten durch Kommissionen habe nachprüfen lassen, um die Gründe für das Anwachsen der Zahl der Invalidenrenten zu finden. Dabei sei als einzige Ursache ermittelt worden, daß die Ärzte und die Versicherungsanstalten den Begriff der Erwerbsunfähigkeit zu milde auslegten. Infolgedessen werde jetzt „naturngemäß bei Findung der gesetzlichen Grenze für die Erwerbsunfähigkeit mit rücksichtsloser Strenge verfahren; das hat bei den Arbeitern begreiflicherweise Mißstimmung hervorgerufen.“

Die „Schlef. Ztg.“ merkt gar nicht, daß sie mit dieser Zuschrift sich selbst ohreißt. Erwerbsunfähigkeit im Sinne des Invalidengesetzes ist kurz gesagt derjenige, der nicht mehr imstande ist, ein Drittel seines früheren Durchschnittsverdienstes zu erzielen. Wenn dann noch „bei der Findung der gesetzlichen Grenze mit rücksichtsloser Strenge verfahren wird“, da braucht man sich darüber nicht zu wundern, daß die Erlangung der Invalidenrente so überaus schwer ist.

